

Wohlfahrtsverbände in NRW warnen vor Pflegenotstand

Gemeinsame Initiative am Internationalen Tag der Pflege

Angesichts einer alternden Bevölkerung warnen die nordrhein-westfälischen Wohlfahrtsverbände vor einem drohenden Pflegenotstand. Die Leistungen, die Mitarbeiter in den Einrichtungen und Diensten der Freien Wohlfahrtspflege für Pflegebedürftige erbrachten, müssten angemessen vergütet werden, sagte Aachens Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders am Internationalen Tag der Pflege (12. Mai). Die Diözesan-Caritasverbände in Nordrhein-Westfalen beteiligten sich gemeinsam an der Initiative der Freien Wohlfahrtspflege unter dem Motto „Wir für Sie“.

„Wer Versorgungssicherheit und hohe Qualitätsstandards will, braucht verlässliche politische und wirtschaftliche Bedingungen. Die Pflege braucht mehr Pflege“, erklärte der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes. Obwohl die Entwicklung in der Altenpflege immer mehr in Richtung ambulante Versorgung gehe, würden weiterhin gute und ausreichende stationäre Einrichtungen benötigt, so Meiwes. Die Caritas ist derzeit wieder sehr besorgt, weil sich Befürchtungen bewahrheiten, dass die Finanzierung der Altenheime durch das neue Altenpflegegesetz auf tönernem Boden steht.

Dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist, betonte Kölns Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel.

„Wenn wir auch in Zukunft genügend Menschen in unserem Land für eine Ausbildung in der Pflege interessieren und gewinnen wollen, muss die Attraktivität des Berufsfeldes gesteigert werden“, fordert Hensel. „Dabei spielen gute Arbeitsverhältnisse und eine leistungsgerechte Bezahlung eine wichtige Rolle.“ Die Förderung des schulischen Teils der Ausbildung wurde – bei gestiegenen Anforderungen an den Pflegeberuf – von der Landesregierung schrittweise von 317 auf 280 Euro gekürzt. Hensel: „Dieser Betrag ist keineswegs ausreichend, um die fachliche und pädagogische Qualität der Ausbildung weiter auf hohem Niveau zu gewährleisten.“

Erste Erfahrungen mit einer umfassenden Pflegendokumentation

Die Wohlfahrtsverbände in NRW bilden derzeit zusammen 13 000 Pflegekräfte aus. Den hohen Bürokratieaufwand kritisiert Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. „Gerade auch die ausufernde Dokumentation, die bis zu einem Drittel der Arbeitszeit erfordert, belastet unsere Mitarbeiter in der Pflege“, sagte er. Der Caritasverband für die Diözese Münster stellte erste Erfahrungen aus dem Projekt PraxSIS vor, in dem die Mitarbeiter in Altenheimen und Sozialstationen für das neue Dokumentationssystem geschult werden. Der Verband ist damit bundesweit Vorreiter und bereitet die Einrichtungen schon jetzt auf den für 2017 erwarteten neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff vor.

Aus ihrer 15-jährigen Berufserfahrung berichtete Cora Schwarz, Altenpflegerin in der Caritas-Sozialstation in Paderborn-Schloß Neuhaus. Sie wünscht sich bessere Rahmenbedingungen und damit eine höhere Attraktivität für den Pflegeberuf. Denn dieser sei auf guten und engagierten Nachwuchs angewiesen: „Die Pflege braucht noch viel mehr selbstbewusste, verantwortungsvolle Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die bereit sind, sich für andere Menschen einzusetzen.“ Deshalb engagiert sich Cora Schwarz auch für die Kampagne „PflegeWENDE – jetzt!“ im Erzbistum Paderborn. ◀ M. L.

Schnelle Deutschkurse für alle Flüchtlinge nötig

Caritas fordert das Land NRW auf, Sprachkurse unabhängig von der Anerkennung des Aufenthaltsstatus zu ermöglichen.

Die Caritas im Erzbistum Köln fordert für Asylbewerber und Flüchtlinge sofortigen Zugang zu öffentlich geförderten Sprachkursen. „Wesentliche Voraussetzungen für eine gelungene Integration sind das Erlernen der deutschen Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt“, so Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel. Flüchtlinge dürfen in Nordrhein-Westfalen zwar nach drei Monaten arbeiten, haben aber bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens keine Chance, einen öffentlich geförderten Deutschkurs zu besuchen. Das müsse geändert werden. Werde diese sinnvolle und notwendige Grundinvestition nicht schnell getätigt, drohe ein Vielfaches an Folgekosten. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Streit mit verdi-Chef Bsirske

Gewerkschaft will Streikrecht durchsetzen und Dritten Weg abschaffen

Die Fronten waren klar, als der Vorsitzende der Gewerkschaft verdi, Frank Bsirske, erstmals vor Caritas-Vertretern und Mitgliedern des Unternehmerverbandes über die verdi-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht sprach. Es geht der Gewerkschaft darum, das Streikrecht in Kirchen durchzusetzen und damit den sogenannten Dritten Weg zu Fall zu bringen. Vertreter der katholischen Kirche verteidigten hingegen das geltende kirchliche Arbeitsrecht beim 2. Kirchlichen Dienstgebortag, den der Unternehmerverband Soziale Dienste und Bildung sowie die Caritas im Ruhrbistum im Duisburger Haus der Unternehmer veranstalteten.

Der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes betonte, das kirchliche Arbeitsrecht müsse den Vorgaben des Bundesarbeitsgerichts angepasst werden, habe sich aber auch für die Mitarbeiter bewährt. verdi-Chef Frank Bsirske hatte zuvor ein Streikrecht für die 1,3 Millionen Mitarbeiter der Kirchen in Deutschland gefordert. „Der Dritte Weg der Kirchen ist für uns keine akzeptable Alternative“, sagte er. „Wir wollen Tarifverträge für alle Beschäftigten.“ Bsirske betonte, es sei unbestritten, dass die Kirchen laut Grundgesetz ihre eigenen Angelegenheiten regeln dürften. Niemand wolle sich in Fragen des Ritus, der Liturgie oder der Dogmatik einmischen, so der Gewerkschaftschef. „Unser Anliegen richtet sich nicht gegen Kirchlichkeit oder Religiosität. Aber Streikrecht und Tarifverträge richten sich nicht gegen den Sendungsauftrag der Kirchen.“ Wenn es um das Arbeitsrecht, die Arbeitszeiten oder die Vergütung für die Mitarbeiter etwa eines kirchlichen Krankenhauskonzerns gehe, dann seien das keine „eigenen Angelegenheiten“ der Kirchen, sondern allgemeine Fragen.

Bsirske: „Faire Löhne bei der Caritas“

Bsirske verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass katholische Unternehmen in anderen europäischen Staaten Tarifverträge abschließen und auch Streiks im kirchlichen Bereich üblich seien. Die deutsche Praxis verträge sich auch nicht mit der katholischen Soziallehre. Nach Darstellung des Gewerkschaftschefs haben sich insbesondere die Betriebe der evangelischen Diakonie im Sozialwettbewerb auf die Praxis von Lohndumping und Absenken der arbeitsrechtlichen Standards eingelassen. Ausdrücklich lobte er das Vorgehen der katholischen Caritas, die sich um faire Bezahlung in Anlehnung an Tarifverträge bemühe.

Als denkbaren Weg bezeichnete er den Tarifabschluss zwischen der Gewerkschaft verdi und den großen diakonischen Trägern in Niedersachsen vom Herbst 2014. Dabei sei die Grundsatzfrage des Streikrechts bewusst offengelassen worden, um einen flächendeckenden Tarifvertrag zu entwickeln, der in Zukunft auch allgemein verbindlich werden könne. Bsirske bot den Kirchen eine konstruktive Zusammenarbeit an: „Wir wollen gemeinsam mit der katholischen Kirche die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen in den kirchlichen Einrichtungen weiterentwickeln. Wir wollen Wege finden, wie man in Respekt der gegenseitigen Position zu Tarifverträgen kommt.“ Kirchen und Ge-

Neues kirchliches Arbeitsrecht

Das neue kirchliche Arbeitsrecht tritt in den nordrhein-westfälischen Bistümern zum 1. August in Kraft.

Wie in den Bistümern Köln, Münster, Paderborn und Aachen werde die Grundordnung zu diesem Termin auch in der Diözese Essen wirksam, teilte das Ruhrbistum mit. Die Bischöfe hatten eine modernisierte Fassung der kirchlichen Grundordnung veröffentlicht. Danach sollen Wiederverheiratung oder das Eingehen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft nur noch in schwerwiegenden Fällen arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Kündigung haben. Die Reform legt darüber hinaus fest, dass Gewerkschaften am Zustandekommen kirchlicher Arbeitsvertragsbedingungen zu beteiligen sind. Streiks lehnen die Bischöfe weiter ab. Der Essener Bischof Franz Josef Overbeck würdigte den Beschluss als das „Ergebnis eines jahrelangen Abwägungsprozesses“. Mit dem Ergebnis sei er zufrieden. ◀

werkschaften stünden gemeinsam für moralische Werte und soziale Gerechtigkeit. „Wir wollen da, wo wir gemeinsame Interessen und Ziele verfolgen können, zusammenarbeiten“, unterstrich Bsirske.

„Solange verdi den Dritten Weg nicht akzeptiert, können die Gewerkschaften nicht erwarten, dass wir sie mit offenen Armen empfangen“, konterte Andreas Meiwes, Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen. „Der Dritte Weg hat sich bewährt, er muss verändert werden, und dazu sind die Gewerkschaften eingeladen“, so Meiwes. Die katholische Kirche habe die Einbindung der Gewerkschaften in den Dritten Weg bereits geregelt. „Es ist ein Märchen, dass bei kirchlichen Dienstgebern schlechtere Arbeitsbedingungen herrschen. In der Regel liegt der Caritas-Tarif sehr nah am TVöD – und ist im Schnitt sogar besser als die Bedingungen, die Gewerkschaften in diesen Bereichen bislang verhandelt haben.“

Heinz D. Diste, Hauptgeschäftsführer der Contilia GmbH und St. Elisabeth-Stiftung e.V. Essen/Mülheim: „Wir hätten im harten Wettbewerb überhaupt keine Chance, wenn wir schlechte Arbeitsbedingungen hätten.“ Darüber hinaus sei die Caritas „die Mutter des Flächentarifvertrages – es gibt im Sozialbereich keine größere tarifliche Abdeckung. Die Kirchen nennen es nur nicht ‚Tarifvertrag‘“, so Diste. Bislang seien seitens der Mitarbeitenden Forderungen nach einer gewerkschaftlichen Beteiligung nicht zu erkennen. „Die allermeisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mit dem Dritten Weg und den daraus resultierenden Arbeitsbedingungen zufrieden“, so Diste.

In einem waren sich die Caritas und der verdi-Chef übrigens einig: Soziale Arbeit muss besser bezahlt werden. ◀ (M. L./cde)



Im Ton konziliant, in der Sache knallhart: verdi-Chef Frank Bsirske Foto: Kreuzfelder

Kirchenasyl verteidigt

Berlin – Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki hat das „Kirchenasyl“ für Flüchtlinge nachdrücklich verteidigt. Die Kirchen wollten sich dadurch „nicht über das herrschende Recht stellen“, sagte er beim Jahresempfang des Deutschen Caritasverbandes (DCV) in Berlin. Vielmehr machten sie damit im Einzelfall auf unzumutbare Härten aufmerksam, betonte Woelki, der die Caritaskommission der Deutschen Bischofskonferenz leitet.

Derzeit gewähren die Kirchen bundesweit rund 430 von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Asyl, um eine eingehendere Prüfung von Härtefällen zu ermöglichen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte dies im Februar als rechtswidrig scharf kritisiert. Woelki räumte ein, es könne vorkommen, „dass die Kirchen zu Maßnahmen greifen, die von staatlicher Seite Missbilligung hervorrufen“. Dennoch müssten Staat und Kirchen „um der Menschen willen“ zusammenarbeiten, forderte der Kölner Erzbischof. ◀ (KNA)

Arbeitsmarkt reformieren!

Köln – Die Caritas im Erzbistum Köln fordert von der Bundesregierung mehr Hilfen für die bundesweit rund 480 000 Langzeitarbeitslosen. Der Verband kritisierte, dass der Bund das Budget für „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ zwischen 2010 und 2013 von 6,6 auf 3,9 Milliarden Euro gekürzt habe. Heute werde nur noch jeder elfte Hartz-IV-Empfänger mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gefördert, 2010 sei es noch jeder siebte gewesen. Wenn überhaupt, fänden Langzeitarbeitslose meist nur kurzfristig eine oft prekäre Beschäftigung, etwa in Minijobs oder in der Zeitarbeit, auf die bald wieder die Arbeitslosigkeit folge. „Seit Jahren konzentriert sich die Politik auf die schnelle Vermittlung von marktnahen Arbeitslosen. Menschen mit brüchigen Berufsbiografien und sozialen Schwierigkeiten bleiben draußen“, kritisierte Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Joh. Hensel. „Die politischen Entscheidungen müssen endlich zugunsten auch derjenigen fallen, die nicht so leicht vermittelbar sind.“ Gebraucht werden nach Einschätzung der Caritas wieder mehr

Möglichkeiten, um Langzeitarbeitslose mit psychosozialer Begleitung und beruflichen Qualifizierungen wirksam zu unterstützen. ◀

Gegen Monetarisierung des Ehrenamts

Mit einem Positionspapier zur Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement treten die Wohlfahrtsverbände in NRW für eine klare Begrifflichkeit beim Ehrenamt ein. Die Verbände betonen, dass freiwilliges Engagement, Ehrenamt oder bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich unentgeltlich sei. Außer dem möglichen Ersatz von Fahrt- oder Sachkosten werde dort keine finanzielle Entschädigung gewährt. Die Unentgeltlichkeit solchen Engagements bedeute eine eigene Qualität.

Man dürfe nämlich nicht in den Verdacht geraten, untertarifliche abhängige Beschäftigung mit dem Titel Ehrenamt zu beschönigen, heißt es in dem Papier. Solchen Engagementformen, die beispielsweise geringfügig bezahlt würden, lägen eine andere Begründung und andere Rahmenbedingungen zugrunde. www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de ◀

Bürokratisches Ungetüm BuT

Vor vier Jahren wurde das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) eingeführt, um Kinder in Hartz-IV-Familien zu fördern. Jetzt zeigt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung: Armut hemmt die Entwicklung von Kindern weiterhin.

Vier Jahre nach Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes der Bundesregierung kritisiert die Nationale Armutskonferenz (nak), dass arme Kinder in Deutschland unverändert abgehängt bleiben. Eine aktuelle Studie belegt: Kinder, die in Armut aufwachsen, sind schon vor Schulbeginn erheblich benachteiligt.

In Deutschland wachsen mehr als 17 Prozent der unter Dreijährigen in Familien auf, die von staatlicher Grundsicherung leben, so aktuelle Zahlen einer Studie der Bertelsmann-Stiftung. Und: Kinder mit Armutshintergrund haben kaum Zugriff auf soziale und kulturelle Angebote. Nicht nur in der musikalischen Früherziehung, auch beim Zugang zum Sport hinkt die Gruppe

hinterher. Nur 46 Prozent der Kinder aus armen Haushalten machen Sport im Verein. Bei Kindern aus finanziell unabhängigen Familien sind es 77 Prozent.

„Die Zahlen belegen wieder einmal, dass wir dringend Alternativen zum Bildungs- und Teilhabepaket brauchen. Mit diesem bürokratischen Ungetüm ist es seit nun vier Jahren nicht wirklich gelungen, Kindern in Armut den wichtigen Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten zu verschaffen“, sagt Dr. Frank Joh. Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und Direktor des Diözesan-Caritasverbandes im Erzbistum Köln.

Gründe dafür sieht die nak auch in der schlechten Informationspolitik: Auch nach

vier Jahren wissen nur die wenigsten Eltern von allen Leistungen des Paketes. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Abo-Fragen: Kevin Jandrey, Tel.: 02 11/51 60 66 20,
E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-220,

E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527



Gute Idee mit fahlem Nachgeschmack

2012 wurde die Idee eines Pfandringes, der an Mülleimern angebracht wird, um dort Pfandflaschen einzustellen, mit einem Designpreis ausgezeichnet. Inzwischen findet der Pfandring in verschiedenen Großstädten Resonanz. Beworben wird er als ökologisch, ökonomisch und sozial. „Mit dem Pfandring

wird die sonst weggeworfene Flasche zum Geschenk für die, die es wirklich brauchen“ (www.pfandring.de) und eine Stadtteilzeitung in Düsseldorf formulierte jüngst, „bedürftige Menschen“ müssten dann nicht in den Mülleimer greifen und könnten sich somit an den Scherben nicht verletzen. Wie fürsorglich, möchte man hinzufügen. Ökologisch und ökonomisch ist der Pfandring gewiss eine gute Idee. Beim Wort „sozial“ sollten wir aber zumindest daran denken, dass hier Armutsökonomie betrieben wird. Ein fahler Nachgeschmack bleibt deshalb. Er erinnert an die Debatten über die Notwendigkeit von „Tafeln“. ◀

Bruno W. Nikles



© 2013 Pfandring by Paul Ketz /
Fotos: Markus Diefenbacher

Diesen Infodienst können Sie auch online erhalten:

www.caritas-nrw.de/nachrichten

Besuchen Sie uns auf Facebook:

Caritas in NRW (Zeitschrift)

Zustimmung zum Kita-Streik

Aus den Kirchen gibt es Zustimmung zum Kita-Streik. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten in katholischen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen schlossen sich der Forderung nach mehr Anerkennung und höheren Löhnen an.

Kirchlichen Mitarbeitern ist das Streikrecht verwehrt. „Auch wir brauchen unbedingt mehr gesellschaftliche Anerkennung, bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Bezahlung der sozialen Arbeit“, erklärten die Mitarbeitervertreter bei den Caritasverbänden und in den fünf Diözesen in Nordrhein-Westfalen. Die Gewerkschaften wollen für die Erzieher/-innen in kommunalen Einrichtungen und Sozialarbeiter eine bessere tarifliche Eingruppierung, die durchschnittlich zehn Prozent mehr Einkommen entspricht.

Die Dienstgeber der Caritas warnten allerdings kürzlich genau davor: „Wenn die Erzieher/-innen in kommunalen Kindertagesstätten künftig im TVöD vier Lohngruppen höher eingestuft werden, bringt der Dominoeffekt das Gehaltsgefüge beispielsweise unserer Einrichtungen der Behindertenhilfe aus dem Lot“, sagte Lioba Ziegele, Sprecherin der Dienstgeberseite der AK Caritas. ◀